

Entschließungsantrag

der Bundesräte Herbert und Kollegen
betreffend Sicherheitspolitik in der XXV. GP

eingbracht im Zuge der Debatte über den Tagesordnungspunkt 3 der 825. Sitzung betreffend die Dienstrechts-Novelle 2013 (41/A, 8 d.B. und 9129/BR d.B.)

Das Regierungsprogramm für die XXV. Gesetzgebungsperiode, das SPÖ und ÖVP beschlossen haben, enthält im Kapitel Inneres, Justiz, Landesverteidigung sehr wenig konkrete Vorhaben und Pläne, dafür Lippenbekenntnisse, Evaluierungen und Überprüfungen.

So wird beispielsweise eine allgemeine Verstärkung der polizeilichen Präventionsarbeit, eine bessere Vernetzung bei der internationalen Kriminalitäts- und Terrorbekämpfung, eine Harmonisierung von Behördenstruktur und Verwaltungsabläufen oder eine Erhöhung der Mitarbeitermotivation ohne konkreten Umsetzungsansatz angeführt.

Insbesondere sind die enthaltenen Ausführungen über die zukünftige personelle Gestaltung der Exekutive in Bezug auf die zu erwartenden starken Pensionsabgängen in den kommenden Jahren nicht geeignet, den ohnedies vakanten Personalbedarf und den damit in Zusammenhang stehenden dienstlichen Herausforderungen wirkungsvoll zu begegnen.

Die unterfertigten Bundesräte stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Bundesrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat schnellst möglich eine Regierungsvorlage betreffend ein neues Exekutivdienstgesetz vorzulegen.

Zudem wird die Bundesregierung aufgefordert, die Anzahl der Planstellen für die österreichische Exekutive um 3.000 Planstellen auch unter dem Aspekt der zu erwartenden hohen Zahl von Pensionsabgängen in den folgenden Jahren unverzüglich aufzustocken.“

In formeller Hinsicht wird gemäß §54 Abs 3 GO-BR eine namentliche Abstimmung über diesen Antrag verlangt.

Wien, den 19.12.2013